

## Werden und Ende der weltlichen Schule in Erfurt Dr. Günter Schwade

Bereits Mitte des 17. Jahrhunderts gab es schulreformerische Vorstellungen (Wolfgang Ratke 1571 – 1635), u.a. das Schulwesen konsequent der Aufsicht staatlicher und demokratischer Organe zu unterstellen. In dieser Zeit war der Unterricht aber an Konfessionen gebunden und Religion Pflichtfach. Ende des 19. Jahrhunderts / Anfang des 20. Jahrhunderts wuchsen die Forderungen nach einer allgemeinen Schulreform stark an, wobei sich bürgerliche Reformpolitik und die der Arbeiterbewegung stark unterschieden. Insbesondere die Arbeiterbewegung und ihre Parteien kämpften für die konsequente Trennung von Staat und Kirche. Letztlich hatte die Trennung von Staat und Kirche im Ergebnis der Novemberrevolution mit dem sogenannten Weimarer Schulkompromiss Eingang in die Weimarer Verfassung gefunden. Der Artikel 146, Absatz 2 der Reichsverfassung gab den Eltern das Recht, ihre Kinder in Schulen ihrer Weltanschauungen zu schicken und sie vom Religionsunterricht zu befreien. Um die Schüler aber, wie auch Stadtschulrat Gutsche darlegte, im Sinne einer sittlichen Lebensführung zu erziehen, hatte an Stelle des Religionsunterrichtes das Unterrichtsfach Lebenskunde als Moralunterricht verstanden, zu treten. Noch gab es allerdings weder die erforderlichen Schulgebäude noch die entsprechend ausgebildeten Lehrer. Hinzu kam, dass die Verantwortlichen der Stadtverwaltung die schulreformerischen Bemühungen z.T. halbherzig und bisweilen auch nur widerwillig unterstützten.

Der Gothaer Volksschullehrer Max Greil (USPD), Bildungsminister in Thüringen, förderte tatkräftig die Reformansätze. Dabei konnte er sich auf das im Auftrage des Parteivorstandes der USPD 1919 / 1920 entworfene Schulprogramm stützen, an dessen Erarbeitung Georg Ledebur, Theodor Neubauer und Anna Siemsen führend beteiligt waren.

1920 gab es in Erfurt 29 Schulen, darunter 11 staatliche und 18 Konfessionsschulen. Davon waren 5 katholisch und 13 evangelisch. Ausgehend von der Reichsverfassung erhoben auch in Erfurt engagierte Eltern und Lehrer, proletarische Freidenker und die Parteien SPD und KPD die Forderung nach Gründung einer weltlichen Schule.



**Demonstration für die weltliche Schule (Quelle: Stadtarchiv Erfurt)**

Nach einer Unterschriftensammlung wandten sich am 08. April 1923 die Eltern von mehr als 600 Schülern an die Erfurter Schulverwaltung mit dem Antrag und der Forderung, eine weltliche Schule einzurichten und sozialistisch sowie freidenkerisch eingestellte Lehrer einzustellen. Erst diese direkte Forderung der Elternschaft war Grund für die Anweisung des Stadtschulrates an alle Erfurter Schulen, die entsprechenden Schüler sowie geeignete Lehrer zu erfassen. Als sich neben den erfassten Schülern nur zwei Lehrer zur Verfügung stellten, war das für die Schuldeputation Anlass, die Verwirklichung der

Forderungen der Elternschaft auszusetzen, was der Magistrat am

5. Juni 1923 auch bestätigte. Damit gaben sich die Antragsteller jedoch nicht zufrieden. Unter Bezug auf die bereits eingetretene Verzögerung schlugen die Freidenker vor, eine bereits vorhandene Schule umzugestalten und diese als „Gemeinschaftsschule“ zu bezeichnen. Mit dem Verweis auf die Rechtslage, dass bis September 1923 der Artikel 146, Absatz 2 der Reichsverfassung noch nicht durchgesetzt sei, erklärte die Schulbehörde, dass so noch keine weltliche Schule eingerichtet werden kann. Es wären nur Sammelklassen für weltliche Schüler möglich. Allerdings ständen immer erst noch 2 Lehrer zur Verfügung. Obwohl der Magistrat für den nebenamtlich zu erteilenden Unterricht 30.000 M bewilligt hatte, gab es keine ernsthaften Bemühungen, die Sammelklassen einzurichten. Bezeichnend ist, dass in der Behördensprache einheitlich der die Form kennzeichnende Begriff „Sammelklasse und Sammelschule“ verwandt wurde, wogegen die auf die Schulreform drängenden Kräfte und z.T. auch die Presse den Begriff „weltliche Schule“ für die gleichzeitige Bestimmung des Inhalts, gebrauchten. Bei den politischen Organisationen, insbesondere den Parteien, gab es bezüglich der geforderten Konsequenz der Schulreform auch unterschiedliche Positionen. Während die Sozialdemokraten die Einrichtung von Sammelklassen und Sammelschulen befürworteten, waren die Kommunisten gegen die Herauslösung der an der weltlichen Schule interessierten Kinder aus den Klassenverbänden und für die Abschaffung des obligatorischen Unterrichtsfaches Religion an allen Schulen. Die Eltern der Schüler stammten vor allem aus dem Arbeitermilieu und waren Mitglieder der SPD und KPD, Syndikalisten und Anarchisten sowie Parteilose. Es gab auch jüdische Schüler und Lehrer.

Nachdem der Erfurter Magistrat offensichtlich das Anliegen „Weltliche Schule“ auf Eis gelegt hatte, unternahm es 1926 das Kulturpolitische Kartell, damals die Bildungszentrale der Gewerkschaft auch in Erfurt, der Bund freier Schulgemeinden sowie besonders Elternvertreter erneut, die Errichtung der weltlichen Schule zu fordern. Ein erster bescheidener Schritt war die Einrichtung von lediglich 3 Klassen. Obwohl die Anmeldung von mehr als 700 Schülern vorlag, wurde argumentiert, es gäbe nicht ausreichend interessierte Schüler. Weitere Klassen wurden im Laufe der kommenden Jahre jahrgangswise geschaffen. Da die Schulverwaltung nichts unternommen hatte, für die weltliche Schule geeignete Lehrer ausbilden zu lassen, erfolgte in diesen 3 Klassen der Einsatz von Lehrern, die mit diesem Schulsystem wenig konform gingen. So war darunter auch ein konfessionell gebundener Lehrer. Hinzu kam, dass an der Schule, wo die 3 Klassen untergebracht waren, beginnend beim Rektor, kein Verständnis für die weltlichen Interessen dieser Schüler vorhanden war. All das steigerte die Unzufriedenheit der Eltern und Schüler derart, dass 483 Erfurter Schüler am 21. April 1927 einen Schulstreik begannen, der bis zu den Sommerferien dauerte. Damit spitzte sich aber die Situation weiter zu. Der Magistrat setzte die Polizei gegen die streikenden Schüler ein, und es gab rund 6000 Strafbefehle gegen Schüler und Eltern. Letztlich drohte die Regierung, die bereits bestehenden weltlichen Klassen aufzulösen. Unter diesem Druck gab die Streikleitung Ende Juli auf. Das Hauptziel, die Einrichtung einer weltlichen Schule, war damit nicht erreicht. Die Auseinandersetzungen mit der Schuldeputation wurden aber fortgesetzt. Als Teilerfolg war zu werten, dass ab Herbst 1927 vier weitere untere Jahrgänge weltlicher Sammelklassen in der Lutherschule eingerichtet wurden. Da weiterhin Lehrer fehlten und der Magistrat den Stellenplan nicht erweitert hatte, erfolgte der Einsatz von Lehrkräften aus konfessionell gebundenen Schulen. Zwischen den Schülern aber auch den Lehrern der weltlichen Klassen und denen der evangelischen Lutherschule gab es von Beginn an Konflikte, was dazu führte, dass im Gebäude die Schulbereiche durch das Einziehen einer Holzwand getrennt werden mussten. Das evangelische Ministerium richtete am 10. Mai 1928 einen Brief an die städtische Schulverwaltung, worin es von der Empörung der evangelischen Elternschaft und der Kirchengemeinde über die Unterbringung der Sammelklassen in der Lutherschule sprach. Weiter wurde gesagt, dass es ständig zu Auseinandersetzungen zwischen evangelischen und weltlichen Schülern komme, dessen Ursache in den unterschiedlichen Erziehungsgrundsätzen läge und die weltlichen Schüler sich „unbotmäßig“ gegenüber evangelischen Lehrern und Schülern verhielten. Hinzu kam noch eine Unterschriftensammlung evangelischer Eltern gegen den Verbleib der Sammelklassen an der Lutherschule. Die Schulverwaltung veranlasste keine Veränderung, und die Anwesenheit der Sammelklassen in der Lutherschule war auch in der Folgezeit Ansatzpunkt für unterschiedliche Angriffe. Gegner der weltlichen Schule drohten sogar mit „Selbsthilfemaßnahmen“.

1928 wurde eine Lehrerstelle der Sammelklassen in eine Rektorstelle umgewandelt. Die Sammelschule, die inzwischen 18 Klassen umfasste, erhielt damit einen eigenen Status, hatte aber kein eigenes Schulgebäude. Am 22. Februar 1929 beschloss die Erfurter Stadtverordnetenversammlung, ab 01. April 1929 die weltliche Schule in die Talschule zu verlegen. Der wesentliche Grund dafür war allerdings, dass die neugegründete evangelisch – pädagogische Akademie die Lutherschule nutzen wollte. Während einerseits ein eigenes Schulobjekt für die weltliche Schule durchaus einen Gewinn darstellte, warfen u.a. die geringere Kapazität der Talschule und auch längere Schulwege für Teile der Schüler neue Probleme auf. Ungünstig und der schulischen Arbeit abträglich waren zudem die hohen durchschnittlichen Klassenstärken. Waren es 1929 in der weltlichen Schule 43 Schüler je Klasse, so kam es in den katholischen Schulen auf 33 und in den evangelischen Schulen auf 41 Schüler je Klasse. Eltern, der Bund der Schulgesellschaften und auch die Freidenker trugen weiter der Schulverwaltung die Probleme vor. So sah man im Umzug der Sammelklassen in die Talschule Verluste bei den Erfolgen bisher geleisteter Arbeit, ein weiteres Anwachsen der Klassenstärken wäre vorauszusehen. Wegen längerer Schulwege wurden Freifahrtsscheine gefordert. Um Letzterem zu begegnen, konnte in langen, beharrlichen Verhandlungen mit der Schulverwaltung am 22. April 1930 erreicht werden, zur Verkürzung der Schulwege Sammelklassen in der Neuerbeschule einzurichten. Immer wieder kam es in der Öffentlichkeit zu Angriffen bis hin zur Verleumdung der weltlichen Schule. Diese kamen vorrangig von den die Schulreform ablehnenden Kräften. So wandten sich christliche und auch bürgerliche Kreise bis hin zu rechtsgerichteten Parteien gegen jede Form von konfessionsfreiem Unterricht und gegen die politische Einstellung der Lehrkräfte. Besonders der Schuldirektor Friedrich Heilmann, SPD, wurde zur Zielscheibe der reaktionären Angriffe und Beschimpfungen, die in der Forderung nach Ablösung gipfelten. Diese in der Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzungen führten zu Irritationen bei Teilen der Eltern, die ihre Kinder abmeldeten. Das taten auch teilweise kommunistische Eltern, denen die Konsequenz bei der Umgestaltung des Schulsystems nicht ausreichte. Obwohl die Auseinandersetzungen ständig zunahm, fand der weltliche Unterricht an der Talschule und in den Sammelklassen der Neuerbeschule weiter statt. In der kurzen Zeit des Bestehens der weltlichen Schule in Erfurt wurden außer konfessionsfreiem Unterricht weitere schulreformatorsche und soziale Maßnahmen verwirklicht, wie die Achtung der Schülerpersönlichkeit, die Erziehung zu selbständigem Denken und das Denken in Zusammenhängen, die Erziehung zu Frieden und gegen Krieg, das gemeinsame Lernen von Jungen und Mädchen, die Abschaffung der Prügelstrafe, die kostenlose Bereitstellung von Turnschuhen und Schulbüchern, ein Ferienaustausch mit der Schule in Goldlauter / Heidersbach bei Suhl und die Möglichkeit der Teilnahme an der Jugendweihe.

Diese Entwicklung nahm in Thüringen bereits mit der sich anbahnenden faschistischen Diktatur ein jähes Ende. Der Erlass des Volksbildungsministers Wächtler „An alle thüringischen Lehrkräfte“ (Amtsblatt des Ministeriums

Nr. 13 / 1932 ) richtete sich gegen die Freidenkerbewegung und wies an, den Unterricht in Lebenskunde mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Von allen Lehrern wurde verlangt, sich vom Unterricht Lebenskunde, der, wie es hieß auf Betreiben der Freidenkerorganisationen an Stelle des Religionsunterrichts eingeführt worden wäre, zu distanzieren. Am 23. Februar 1933 ordnete der Minister den Abbau der Sammelschulen für weltliche Klassen an und untersagte die Einschulung von Schulanfängern. Zwei Monate später veranlasste der Regierungspräsident die sofortige Auflösung der Sammelschule und die Entlassung von Direktor Heilmann, weil er sich bei der Schulentlassungsfeier Ende März „negativ“ über den Nationalsozialismus geäußert habe. Er wurde dann als „rote Sau“ von Nazi – Bütteln durch die Stadt gefahren. Das war das Ende der weltlichen Schule in Erfurt, eine von 132 solcher Schulen in Deutschland, die geschlossen wurden.

Am 17. April 1997 trafen sich auf Einladung der Erfurter Freidenkergruppe ehemalige Absolventen der Erfurter weltlichen Schule. Freimütig sprachen die 18 Teilnehmer über die Schulpraxis in jener Zeit. Einmütig lobten alle die Persönlichkeit des Schuldirektors Heilmann, insbesondere seinen toleranten Umgang mit den Schülern. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass gewisse Praktiken im sozialen Bereich besser zu verstehen sind, wenn man weiß, daß ein Teil der Eltern der Schüler zu den „Ärmsten der Armen“ gehörte. Peter Pinkert (gest.), auch Absolvent der weltlichen Schule, in der DDR Lehrer und zeitweise an der Talschule eingesetzt, zuletzt in der Lehrerausbildung tätig, sagte, er sei immer bemüht gewesen, so zu handeln „wie es meine Lehrer gemacht haben“. Bei der Zusammenkunft hatte ein Teilnehmer auch die achtseitige Festbroschüre „100 Jahre Staatliche Berufsschule 3“ (betrifft die Talschule) von September 1996 mitgebracht. Die Anwesenden stellten fest, daß der Inhalt zwar stark auf die berufsbildende Funktion der Schule, ausgerichtet war, aber auch auf die ganze Historie Bezug nahm. Doch es fehlte absolut ein Verweis auf die Funktion als weltliche Schule. Das Werden und Bestehen der weltlichen Schule fiel jedoch in eine politische sehr bewegte Zeit, die mit der faschistischen Diktatur abrupt abbrach. Etwas verbittert stellten die ehemaligen Schüler fest, daß es nicht Unkenntnis sein konnte, denn in der Festbroschüre standen auch Fakten, die zeitlich weiter zurücklagen oder zusammentrafen. Im Raum blieb die Vermutung zurück, dass die Erinnerung an die konfessionsfreie weltliche Schule dem Zeitgeist geopfert wurde.